

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 07 · 17.10.2011

*Inhalt

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 02 | Fachkonferenz: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken | 11 | Hochschulpakt Plus für bessere Studienbedingungen |
| 03 | Editorial | 12 | 50 Jahre deutsche Entwicklungspolitik |
| 04 | Sachgrundlose Befristung abschaffen | 13 | Koalition missachtet gleiches Wahlrecht |
| 05 | Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb: Eine Schadensbilanz | 13 | Mehr Bewegungsfreiheit für Asylbewerber und Geduldete |
| | Thema: Europäische Finanzkrise | 14 | SPD-Fraktion fordert besseren Beschäftigtendatenschutz |
| 07 | Europäische Finanzkrise wirft viele Fragen auf | 14 | Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit |
| | Thema: Bundeshaushalt 2012 | 15 | Zukunftsdialog – Wie wollen wir im Jahr 2020 leben? |
| 09 | Falsche Weichenstellungen – unsolide verpackt | 16 | Geschäftsführender Fraktionsvorstand gewählt, Veröffentlichungen |

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Fachkonferenz: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein umfangreiches Orientierungspapier zur Pflegereform vorgelegt, das sie auf einer Fachkonferenz am 29.09.2011 mit rund 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus gesetzlichen Krankenkassen, Verbänden, Organisationen, Gewerkschaften, Kommunen, Pflegeeinrichtungen sowie auch mit einigen Betroffenen diskutiert hat.

Regierung bietet nichts außer Ankündigungen

Frank-Walter Steinmeier verwies zu Beginn der Veranstaltung darauf, dass Schwarz-Gelb außer Ankündigungen in der Pflege nichts vorzuweisen hätte: Vom Koalitionsvertrag bis hin zum Ausruf des Jahres 2011 zum „Jahr der Pflege“ durch Ex-Gesundheitsminister Rösler. Die zugesagten Eckpunkte und der für den Sommer angekündigte Gesetzentwurf ließen weiter auf sich warten.

SPD-Vorschlag für ein Gesamtkonzept Pflege

Mit ihrem Orientierungspapier legte die SPD-Fraktion Eckpunkte für ein Gesamtkonzept Pflege vor. Eines ihrer zentralen Anliegen bei der Pflegereform ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Dieser soll sich anders als heute nicht nur daran orientieren, was Betroffene körperlich in ihrem Lebensalltag noch selbst verrichten können, sondern auch daran worin sie durch psychische oder kognitive Defizite benachteiligt sind.

Pflegebedürftige sollen solange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben können. Für sie will die SPD die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausweiten, Pflegepersonen entlasten, gute Arbeit für Pflegekräfte ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur in den Kommunen ausbauen. Die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund sollen in der Hilfeplanung ebenfalls berücksichtigt werden. Die Potenziale der Familie, der Nachbarschaften und des ehrenamtlichen Engagements sollen gestärkt und mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpft werden. Nötig sei dazu eine umfassende sozialräumliche Planung, damit sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Betreuungsformen und Hilfeangebote den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen entsprechen.

Klar sei, dass all dies mehr kostet, doch es geht um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die SPD

lehnt eine kapitalgedeckte private Pflegezusatzversicherung ab. Die solidarische Finanzierung soll zu einer Bürgerversicherung Pflege ausgebaut werden. Dazu müssten u.a. die Bemessungsgrundlage verbreitert und ein Risikostrukturausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung eingeführt werden.

Darin bestärkt werden die Sozialdemokraten u.a. durch das Ergebnis einer Umfrage des wissenschaftlichen Instituts der AOK zu den Erwartungen an die Pflegeversicherung. Diese ergab, dass die Menschen wissen, dass Pflege teuer wird. Sie sind bereit höhere Kosten zu tragen, solange es dabei gerecht zugeht.

Zustimmung und Anregungen zum Orientierungspapier

Zu den SPD-Vorschlägen gab es auf der Konferenz fachliche Stellungnahmen sowie eine intensive Diskussion mit dem Publikum. Das Orientierungspapier erlangte breite Unterstützung und es gab eine Reihe von Anregungen.

Vor allem ging es in der Diskussion um die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften. Sie bräuchten mehr Erholungsphasen, eine bessere Ausbildung, mehr berufliche Entwicklungschancen und vor allem eine bessere Bezahlung. Durch die schlechte Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger blieben die Prävention und die Rehabilitation bei Pflegebedürftigen auf der Strecke. Für Angehörige sei eine Pflegeberatung von großer Bedeutung, die sie in der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Die steigende Anzahl von Personen, die keine Familie hätten und auf sich allein gestellt sind, sei eine weitere Herausforderung für die Pflege.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit der Fraktion wird nun die Hinweise aus der Fachkonferenz sowie aus den vielen „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen diskutieren und viele von ihnen in die Entwicklung des Pflegekonzepts mit aufnehmen.

Mehr Informationen zur Veranstaltung, das Orientierungspapier und alle Vorträge zum Download gibt es hier:

www.spdfraktion.de

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir erleben die tiefste Krise der Europäischen Union seit ihrem Bestehen. Niemand kann bisher absehen, wie lange uns diese Krise noch beschäftigen wird und mit welchen Konsequenzen wir uns in der nächsten Dekade auseinandersetzen müssen. Gerade in schwierigen Zeiten erwarten die Bürger von ihrer Bundesregierung mutige und klare Entscheidungen. Doch davon ist Schwarz-Gelb weit entfernt. Statt verlässlicher und kluger Politik wird aus dem Kabinett Euro-Skepsis laut und wir erleben, wie sich Minister gegenseitig die Kompetenz in der Finanzpolitik absprechen. Wenn es dieser Regierung nicht einmal gelingt, geschlossen aufzutreten, wie soll man da eine tragfähige Lösung zur Überwindung der Euro-Krise erwarten? Das schadet dem Ansehen der Politik und es schadet dem Ansehen Deutschlands im Euro-Raum.



Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind jetzt gefragt. Die breite Zustimmung des Deutschen Bundestags für die Ausweitung des EFSF war richtig. Der Rettungsschirm wird aber nur ein Zwischenschritt zur Stabilisierung des Euro-Raums sein, denn Kredite allein bekämpfen nicht die Ursachen der Schuldenkrise. Wir fordern seit anderthalb Jahren die Gläubigerbeteiligung und den Schuldenschnitt für Griechenland. Die Bundesregierung hat das viel zu lange bekämpft. Seit anderthalb Jahren fordern wir die Finanztransaktionssteuer und Wachstumsimpulse gegen die Abwärtsspirale aus Rezession und Verschuldung. Wir brauchen jetzt den Neuaufbruch, ansonsten wird die europäische Gemeinschaft diese Krise nicht überleben. Mir ist die zögerliche Haltung der Bundeskanzlerin vor diesem Hintergrund völlig unverständlich.

Ich bin sprachlos über die Konzeptlosigkeit und Fehler von Schwarz-Gelb. Bisher bin ich persönlich davon ausgegangen, dass sich die Koalition bis 2013 halten wird. Inzwischen kann ich mir kaum vorstellen, wie das gehen soll. Wir Sozialdemokraten sind bereit, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen und gute und gerechte Politik für unser Land und Europa zu gestalten - gegen Klientelinteressen, gegen Populismus, zwischen den Leitplanken von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft. Die Chancen für Rot-Grün im Bund stehen gut. Sieben Jahre Rot-Grün haben Weichen richtig gestellt und Deutschland vorangebracht. Spätestens 2013 werden wir wieder auf dieses Bündnis hinarbeiten. Die Menschen haben Besseres verdient, als das schwarz-gelbe Chaos, das sich Regierung nennt.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Vor wenigen Jahren hat ein Arbeitnehmer nur in Ausnahmefällen einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen. Heute wird diese Ausnahme zunehmend normal. In den Jahren 2006 bis 2009 ist in Deutschland der Anteil befristeter Beschäftigung von sechs auf neun Prozent gestiegen. Dieser Trend wird sich fortsetzen: Von den neu geschlossenen Verträgen war 2009 beinahe jeder zweite (47 Prozent) befristet.

Berufseinsteiger machen am häufigsten Erfahrungen mit befristeter Beschäftigung. Auch in der öffentlichen Verwaltung sind mittlerweile 68 Prozent der neuen Arbeitsverträge zeitlich begrenzt.

Die Folgen der Befristung sind für die Betroffenen oft größer, als man auf den ersten Blick vermutet. Es ist schwerer, eine eigene Familie zu gründen, wenn man beruflich nicht planen kann. Auch langfristiges gesellschaftliches Engagement entfällt oft, wenn bereits in einem halben Jahr jobbedingt ein Umzug droht. Die Banken sind skeptisch, wenn nur ein befristeter Arbeitsvertrag vorliegt – größere Kredite z. B. sind für viele so unerreichbar. Auch im beruflichen Alltag sind befristete Arbeitnehmer oft schlechter gestellt: Wer befristet angestellt ist, hat weniger Verhandlungsspielraum beim Einkommen, wird seltener an innerbetrieblicher Weiterbildung beteiligt und verzichtet eher auf die Durchsetzung seiner Rechte, solange die Hoffnung auf eine Vertragsverlängerung im Raum steht.

SPD will neue Regelungen

Um diesem Trend entgegen zu wirken, brauchen wir neue Regeln für die Befristung von Arbeitsverträgen. Als ersten Schritt will die SPD die sogenannte sachgrundlose Befristung abschaffen: Das Teilzeit- und Befristungsgesetz sieht an drei Stellen die Möglichkeit vor, Beschäftigte ohne Angabe von Gründen befristet einzustellen. Diese wollen wir streichen. Schließlich gibt es auch dann noch ausreichend Möglichkeiten im Arbeitsrecht, einen Grund zu nennen und so regulär zu befristen.



Die sachgrundlose Befristung hatte die Regierung Kohl 1985 eingeführt. In den Zeiten von Rot-Grün haben wir sie stark beschränkt: Im Regelfall ist eine sachgrundlose Befristung nur noch bei Erstanstellungen möglich. In den folgenden Jahren kamen Studien zu dem Ergebnis, dass Arbeitgeber auch diese beschränkten Regelungen ausnutzen. Um Kündigungsverfahren zu vermeiden, stellten sie Arbeitnehmer zunehmend befristet ein, so dass bei schlechterer wirtschaftlicher Lage die Arbeitsverträge einfach ausliefen und nicht verlängert wurden.

Das unternehmerische Risiko wird so komplett auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Andererseits konnte keine Studie nachweisen, dass durch die Befristungsmöglichkeit mehr Jobs angeboten und mehr Einstellungen vorgenommen wurden. Positive Beschäftigungseffekte wurden also nicht festgestellt, negative Effekte auf die Arbeitnehmer jedoch zuhauf.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition hat deshalb zu Recht eine komplette Streichung der sachgrundlosen Befristung vorgesehen. Leider war es mit der Union nicht möglich, diese Vereinbarung durchzusetzen. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt den Antrag „Langfristige Perspektive statt sachgrundlose Befristung“ eingebracht. Wie zu erwarten war, ist die Regierung der Empfehlung des schwarz-gelb dominierten Ausschusses für Arbeit und Soziales gefolgt und hat sich gegen den Antrag entschieden. Die Erklärungen der Regierungsparteien waren dabei der pure Hohn: Sie ignorierten die Zustimmung von Wissenschaftlern, des DGB und des Hugo Sinzheimer Instituts zum SPD-Antrag, sie gingen nicht auf das mehrfach belegte Problem des Missbrauchs ein und sie begründeten nirgends, welchem Zweck die sachgrundlose Befristung eigentlich dienen soll.

Die SPD wird sich des Themas weiter entschlossen annehmen. Auf dem nächsten Parteitag wird die „Gute Arbeit“ in all ihren Facetten wieder im Mittelpunkt stehen. Und ab 2013 können wir hoffentlich unsere Positionen wieder in Gesetzesform bringen, um eine sozial ausgewogene Arbeitsmarktpolitik zu gestalten.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb: Eine Schadensbilanz

Schon der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag war ein Dokument der Ratlosigkeit, das Entscheidungen vertagte und dutzende Prüfkommisionen einsetzte. Aus dem zentralen Wahlkampfversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wurden Mehrbelastungen für Bürgerinnen und Bürger. Seit zwei Jahren hat Deutschland die schlechteste Regierung seit Jahrzehnten. Union und FDP sind mit der Regierungsverantwortung überfordert und zu einer soliden und vorausschauenden Politik nicht in der Lage. Stattdessen ist Schwarz-Gelb zum Synonym für Dauerstreit, Fehlentscheidungen und Lobbyismus geworden. Die Koalition gefährdet Deutschlands Zukunft.



photothek.net

Die Spaltung des Arbeitsmarktes

Schwarz-Gelb hat für die sinkenden Arbeitslosenzahlen der letzten Monate selbst nichts getan. Das waren die Sozialpartner und die SPD-Minister in der Großen Koalition. Die heutigen Herausforderungen packt die Regierung nicht an: Der Arbeitsmarkt ist gespalten in gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in gefragte Fachkräfte und Langzeitarbeitslose. Union und FDP verschärfen diese Spaltung, indem sie Mindestlöhne verweigern sowie Lohndumping und Missbrauch der Leiharbeit dulden. Bei den Förderinstrumenten der Arbeitsmarktpolitik betreiben sie Kahlschlagpolitik: Bis 2015 werden hier auf Kosten der Arbeitslosen 28,5 Milliarden eingespart. Damit wird vielen Menschen die Möglichkeit genommen, wieder in Arbeit zu kommen. Gleichzeitig lässt Schwarz-Gelb die Chance verstreichen, durch Weiterbildung und Vermittlung von Arbeitslosen dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Aus der Krise nichts gelernt

Eine Wirtschaftspolitik, die das Ökologische, das Soziale und das Ökonomische zusammendenkt, wird von Schwarz-Gelb nicht angepackt. Mit ihrem wirtschaftspolitischen Laissez-faire gefährden sie Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Wichtige Investitionen in Wachstumsbranchen, Zukunftstechnologien und Innovationen bleiben aus oder werden wie bei der CO₂-Gebäudesanierung gekürzt. Durch zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger schwächt Schwarz-Gelb die Binnenachfrage. Außerdem verschleppen Union und FDP die Regulierung der Finanzmärkte. Damit verschärft Schwarz-Gelb die Gefahr neuer Krisen. Die Kosten der Finanzkrise bleiben an den Steuerzahlern hängen, während die Verursacher geschont werden.

Klientelpolitik und Sozialabbau

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz fördert nicht das Wachstum, sondern beschenkt Klientelgruppen. So wurden etwa die Möglichkeiten der Unternehmen wieder ausgeweitet, ihre Gewinne klein zu rechnen und Steuern zu umgehen. Der Mehrwertsteuersatz auf Hotelübernachtungen wurde von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Dieses Steuergeschenk bewerten Experten einhellig als ökonomisch unsinnig. Bis heute kann die FDP den Verdacht nicht ausräumen, dass es sich dabei um eine Gegenleistung für eine der größten Wahlkampfspenden handelte.

Dass der Haushalt keinen Spielraum für Steuersenkungen zulässt, war und ist allen klar. Nur die Regierung Merkel blamiert sich immer wieder mit versprochenen und dann vertagten Steuersenkungen.

Das 80-Milliarden-Sparpaket vom Juni 2010 war ein Programm für Sozialkürzungen: Das Elterngeld wurde gekürzt und für ALG-II-Bezieher komplett gestrichen, ebenso die Rentenbeiträge für Transferleistungsempfänger und der Heizkostenzuschuss für Geringverdiener. Die Beiträge der Wirtschaft entpuppten sich dagegen weitgehend als Luftnummern. Mit ihrer Haushaltspolitik verschärft Schwarz-Gelb die soziale Schieflage, blockiert Investitionen in die Zukunft und versäumt es, für schlechtere Zeiten vorzusorgen.

Zickzack-Kurs in der Energiepolitik

Im Herbst 2010 kündigte die Bundesregierung mit der Verlängerung der Laufzeiten für AKW gegen einen breiten Widerstand den unter rot-grün erreichten Atomkonsens auf. Sicherheitsbedenken wurden

in den Wind geschlagen. Die 180-Grad-Wende in der Energiepolitik nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima wurde für Merkel und Schwarz-Gelb zum Glaubwürdigkeits-GAU. Die Rückkehr zum Atomausstieg folgte nicht echter Einsicht, sondern der Panik vor den anstehenden Landtagswahlen. Eine klare Strategie für einen nachhaltigen Umbau unseres Energiesystems zur sicheren und bezahlbaren Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien bleiben Union und FDP schuldig.

Der Weg zur Dreiklassenmedizin

Das Ergebnis schwarz-gelber Gesundheitspolitik sind höhere Beitragssätze, die Kopfpauschale ohne Sozialausgleich sowie Geschenke an die private Krankenversicherung, an Teile der Ärzteschaft, Pharmakonzerne, Apotheker und Arbeitgeber. Das Solidarprinzip unseres Gesundheitssystems hat Schwarz-Gelb ausgehebelt: Steigende Kosten müssen die Versicherten nun allein schultern. Außerdem können gesetzlich Versicherte zur Vorkasse gedrängt werden, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung in Aussicht stellen. Allerdings bleiben sie dann auf vielen Kosten sitzen, weil die Kassen nur einen Teil davon übernehmen. Die drängenden Fragen zur Zukunft der Pflege hat Schwarz-Gelb erneut verdrängt, weil sich die Koalition nicht einigen kann.

Allein schultern. Außerdem können gesetzlich Versicherte zur Vorkasse gedrängt werden, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung in Aussicht stellen. Allerdings bleiben sie dann auf vielen Kosten sitzen, weil die Kassen nur einen Teil davon übernehmen. Die drängenden Fragen zur Zukunft der Pflege hat Schwarz-Gelb erneut verdrängt, weil sich die Koalition nicht einigen kann.

Bildungsprivilegien statt Chancengleichheit

In vielen Regionen ist ein gutes, ganztägiges Betreuungsangebot an Schulen noch immer die Ausnahme. Auch der Ausbau der frühkindlichen Bildung ist unter Schwarz-Gelb ins Stocken geraten. So verspielt die Regierung Zukunftschancen. Bei Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten steigt die Chance auf das Gymnasium durch den Besuch einer Kita um bis zu 83 Prozent. In der Hochschulpolitik setzt Schwarz-Gelb auf Eliteförderung: Das Master-Studium soll nur wenigen Auserwählten offen stehen. Das schwarz-gelbe Stipendienprogramm fördert diejenigen, die die Unterstützung nicht brauchen. Die dringend notwendige Weiterentwicklung des BAföG packt Schwarz-Gelb nicht an.

So verspielt die Regierung Zukunftschancen. Bei Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten steigt die Chance auf das Gymnasium durch den Besuch einer Kita um bis zu 83 Prozent. In der Hochschulpolitik setzt Schwarz-Gelb auf Eliteförderung: Das Master-Studium soll nur wenigen Auserwählten offen stehen. Das schwarz-gelbe Stipendienprogramm fördert diejenigen, die die Unterstützung nicht brauchen. Die dringend notwendige Weiterentwicklung des BAföG packt Schwarz-Gelb nicht an.

Rückwärtsgerichtet und realitätsfern

Schwarz-Gelb hält die Benachteiligung von Frauen im Beruf für naturgegeben. Statt eine aktive Gleichstellungspolitik zu betreiben und verbindliche Regeln für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Aufstiegschancen zu schaffen, setzen Union und FDP auf freiwillige Selbstverpflichtungen und fruchtlose Appelle.

Populismus statt Miteinander

Mit populistischen Äußerungen wie „Multikulti ist absolut gescheitert“ (Merkel 2010) befördert die Union ein integrationsfeindliches Klima. Immer mehr junge und oft gut ausgebildete Menschen mit Migrationshintergrund wandern ab. Schwarz-Gelb gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verschärft den Fachkräftemangel.

Europa wird zum schwarz-gelben Offenbarungseid

Als größtes EU-Mitgliedsland müsste Deutschland auch im eigenen Interesse in der europäischen Staatsschuldenkrise mutig vorangehen und sich für die Gemeinschaft stark machen. Doch Merkel hat aus Furcht vor unpopulären Schritten die Lage verschleiert statt aufgeklärt. Sie hat Entscheidungen verschleppt statt vorangetrieben. Damit hat sie das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Deutschlands ebenso aufs Spiel gesetzt wie den Zusammenhalt Europas.

Unberechenbarkeit in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Impulse zu geben, hat Schwarz-Gelb sträflich vernachlässigt. Nationale Alleingänge statt abgestimmter europäischer Außenpolitik bestimmen das Bild der letzten zwei Jahre. Die Reform der Bundeswehr erfolgt nach Kassenlage. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht wurde die Chance, das freiwillige Engagement in der Gesellschaft zu stärken und dafür Anreize zu schaffen, verspielt. Die Entwicklungspolitik degeneriert immer mehr zum verlängerten Arm deutscher Wirtschafts- und Rohstoffinteressen. Zudem bricht Schwarz-Gelb die internationale Zusage Deutschlands, bis 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Eine ausführliche Bestandsaufnahme zu zwei Jahren schwarz-gelber Politik gibt es in unserer Broschüre „Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb. Eine Schadensbilanz“ und unter www.spdfraktion.de

70 %

der Bürger finden es wichtiger weniger neue Schulden zu machen, als die Steuern zu senken.

Quelle: Infratest dimap 2011: ARD DeutschlandTrend Juli 2011.

72 %

der Bürger sind mit der Arbeit der Bundesregierung »weniger« oder gar nicht zufrieden.

Quelle: Infratest dimap 2011: ARD DeutschlandTrend September 2011.

Europäische Finanzkrise wirft viele Fragen auf

Was ist das eigentlich für eine Krise?

Die internationale Finanzkrise, ausgelöst durch die US-amerikanische Immobilienkrise und den Zusammenbruch der Lehman Bank, erreichte Europa 2008 in Gestalt einer Bankenkrise und einer Krise der Realwirtschaft. Europa bekämpfte den Wirtschaftsabschwung erfolgreich mit großen Konjunkturpaketen, die allerdings die Staatsschulden in die Höhe trieben. Das führte bei einigen Ländern zur schlechteren Bewertung der Staatsanleihen, damit stiegen die Kosten für ihre Refinanzierung und die Schuldenstände wuchsen weiter. Dieser Teufelskreis von schwachen Banken, Staatsschulden, schlechten Ratings durch die Märkte brachte einige Länder in Schwierigkeiten, aus denen sie alleine nicht mehr herauskommen. Und sie droht weitere Länder zu gefährden. Dazu kamen spezifische Probleme: eine Immobilienblase in Spanien, ein aufgeblähter Bankensektor in Irland, eine Krise der Unternehmen in Portugal und eine überbordende, wenig funktionsfähige öffentliche Verwaltung in Griechenland.

Warum werden denn Banken gerettet?

Auslöser der Krise waren die selbst für erfahrene Banker unbeherrschbaren Risiken einiger Investmentbanken und neuer Finanzprodukte. So ließ die US-Regierung 2008 die amerikanische Bank Lehman Brothers Pleite gehen, denn sie hatte sich selbst in diese Schwierigkeiten gebracht. Schließlich gehören Risiko und Haftung in einer Marktwirtschaft zusammen. Doch diese Pleite erschütterte das internationale Finanzsystem derart, dass es weltweit zu spüren war. Als dann auch europäische Banken in Schwierigkeiten gerieten, wollte man diesen Fehler nicht wiederholen und stützte die Banken mit enormen Summen. Das war zur Vermeidung weiterer Panik richtig, doch wurde versäumt, gleichzeitig den Bankensektor zu reformieren um eine Wiederholung zu vermeiden. Unterkapitalisierte Banken sollten entweder mehr Eigenkapital haben oder in Insolvenz gehen können. Banken sollten nicht zu groß sein, damit sie nicht das ganze System bedrohen können und der gesamte Finanzsektor sollte besser kontrolliert werden. Doch dies ist nur in Teilen und viel zu spät umgesetzt worden. Jetzt droht die nächste Krise und wieder machen unterkapitalisierte Banken Probleme! Es wird Zeit, dass die Kosten der Krise nicht nur von der öffentlichen Hand getragen werden und der Bankensektor endlich seine Hausaufgaben macht.

Was wird derzeit noch gegen die Krise unternommen?

Spekulantentattacken, etwa Wetten auf sinkende oder steigende Kurse von Staatsanleihen werden durch einen Schutzschild der europäischen Partnerländer abgewehrt. Dazu wurde ein Rettungsfonds geschaffen und die Europäische Zentralbank kaufte Staatsanleihen auf und versorgte notleidende Staaten mit Krediten. Den betroffenen Ländern werden Reformen abverlangt, um die internen Krisenursachen zu bekämpfen. Dabei fordern die konservativen europäischen Regierungen vor allem Sparanstrengungen und Kürzungen im öffentlichen und in sozialen Bereichen. Das ist teilweise richtig, denn hohe Schulden führen zu Abhängigkeit an den Märkten, deshalb müssen sie bekämpft werden. Doch ohne wirtschaftliches Wachstum entstehen keine Arbeitsplätze. Die aber werden dringend gebraucht: in einigen Ländern ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit.

Märkte, Investoren – alles Heuschrecken?

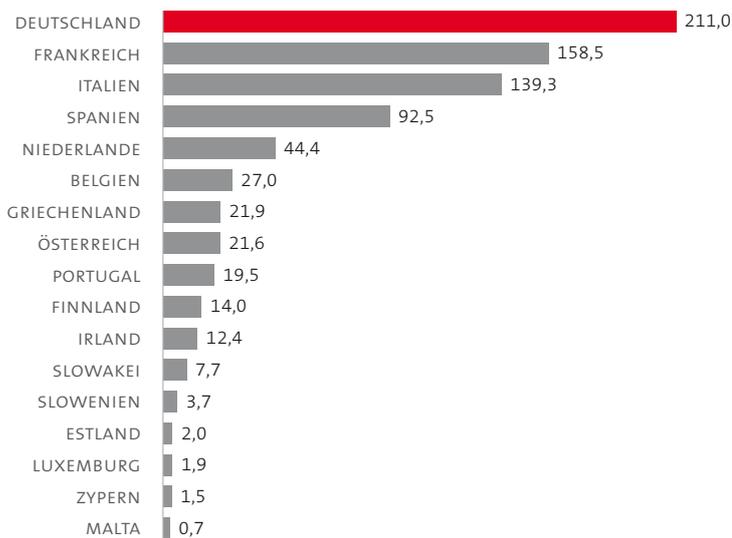
Ja, die gibt es. Banken, die Renditen von 25 Prozent erwarten, Manager, die in guten Zeiten Millionenboni bekommen und auch in schlechten Zeiten immense Summen einstreichen. Da herrscht kurzfristiges, nur auf schnellen Gewinn zielendes Handeln statt langfristiger Strategien, die mehr als den Profit im Blick haben. Aber: Nur ganz wenige Menschen wissen, wo ihr in Lebensversicherungen oder Zusatzrenten angelegtes Geld investiert wird. Fonds und Versicherungen mit den 1000-Euro-Einlagen der Frau Schmitt von nebenan oder der kleinen Zusatzrente von Herrn Müller und dem Geld der Gemeinde, in der beide leben, suchen nach Anlagemöglichkeiten, die vor allem sicher sind. In einer Zeit des gestörten Vertrauens fliehen diese Anleger aus den üblichen Märkten und verschärfen so – auch ungewollt – die Situation einiger Länder.

Der Euro-Rettungsschirm

Damit sich angeschlagene Euro-Staaten bis zu 440 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds leihen können, müssen die Euro-Staaten insgesamt Garantien im Wert von 780 Milliarden Euro leisten.

Davon kommen aus:

In Milliarden Euro



Quelle: Entwurf für einen neuen EFSF-Rahmenvertrag der Euro-Länder

würden „in Verdacht“ geraten, die Zinsen auf ihre Staatsanleihen würden steigen und sie könnten sich nur schwer oder gar nicht mehr an den Märkten finanzieren. Wenn Banken unkontrolliert pleite gingen, würden Anleger ihr Geld abziehen, Werte würden vernichtet und es könnten politische Unruhen drohen. Entweder bilden die Länder der Eurozone eine starke Gemeinschaft und zeigen dies oder sie stehen jeweils alleine den Märkten gegenüber, die ihre Schwäche sofort ausnutzen würden. Auch international könnten einzelne Länder nicht mehr mithalten.

Ist Griechenland noch zu retten?

Ja. Die Griechen müssen ihren Staat reformieren, die Verwaltung neu ordnen und auch die Reichen zu Steuerzahlungen zwingen und damit Einnahmen für das Allgemeinwohl generieren. Doch dies geht nicht von heute auf morgen, sondern ist ein Prozess. Ergebnisse sind erst in einigen Jahren zu erwarten, doch beginnen muss man heute. Deshalb reicht Geld alleine nicht aus. Es muss gespart werden, doch darf die Wirtschaft nicht kaputtgespart werden, sonst kann kein Wachstum entstehen. Und: um eine teilweise Umschuldung der griechischen Staatsschulden wird man nicht herkommen, diese Erkenntnis setzt sich langsam durch. Dabei müssen auch private Gläubiger beteiligt werden.

Können Rettungsschirme tatsächlich retten?

Nein. Sie „kaufen Zeit“. Der Rettungsschirm sichert Portugal und Irland bezahlbare Zinsen für ihre Anleihen und schützt diese Länder so vor Spekulanten, die gegen diese Staaten gewettet haben und so die Zinsen in unbezahlbare Höhen getrieben haben. Müsste Deutschland solche Zinsen zahlen, wie sie zeitweise von Portugal und anderen Ländern verlangt wurden, würden auch wir sehr schnell in Schwierigkeiten kommen. Und während des zeitweiligen Schutzes reformieren diese Länder ihre Haushalte und bekämpfen die jeweiligen Ursachen der Krise. Wegen der insgesamt sehr instabilen Lage sind Rettungsschirme also nötig, aber sie reichen alleine nicht aus, um Krisenursachen zu bekämpfen oder in betroffenen Ländern wieder Wachstum zu schaffen. Das aber ist gerade in Ländern mit extrem hoher Arbeitslosigkeit dringend nötig. Portugal und Irland sind dabei übrigens auf gutem Wege.

Dient der Finanzsektor noch der Realwirtschaft?

Wenn eine Bank das neue Projekt eines Mittelständlers finanziert, stimmt das Verhältnis. Es stimmt aber nicht mehr, wenn in Bruchteilen von Sekunden mehrere Tausend automatische Transaktionen ausgelöst, hochspekulative Produkte gehandelt, Wetten auf steigende oder sinkende Kurse abgeschlossen werden oder mit Aktien gehandelt wird, die der Händler gar nicht besitzt. Viele dieser Aktionen werden noch nicht einmal über die offiziellen Börsen, sondern völlig unkontrolliert abgewickelt. Der Finanzsektor ist zu einem großen Selbstbedienungsladen geworden und hat sich selbst destabilisiert. Jetzt hat die EU-Kommission endlich einen Vorschlag für eine Steuer auf Finanztransaktionen vorgelegt und viele europäische Länder werden sie einführen. Damit werden spekulative Geschäfte weniger rentabel und der Finanzsektor wird endlich an den Kosten der von ihm verursachten Krise beteiligt. Peer Steinbrück hat schon 2008 gesagt: „Kein Produkt, kein Akteur und kein Markt mehr ohne ausreichende Kontrolle“.

Was passiert, wenn die gegebenen Bürgschaften doch fällig werden?

Bürgschaften sind kein bares Geld – solange sie nicht fällig werden. Doch notfalls werden sie abgerufen und der Bürge zahlt. Das ist richtig. Würden Deutschland und die anderen Europäer nicht bürgen, wären die Risiken ungleich höher. Vor allem durch die Gefahr der Ansteckung: weitere Länder

Bundeshaushalt 2012: Falsche Weichenstellungen – unsolide verpackt

Der Bundeshaushalt wird oft „Schicksalsbuch der Nation“ genannt. Deutschlands Schicksal ist es, momentan die schlechteste Regierung für herausfordernde Zeiten zu haben. So bildet das Schicksalsbuch 2012 die schwarz-gelbe Koalition unter Merkel und Rösler ab: Zaudern und Zögern sowie keine Antworten auf die wichtigsten Fragen. Dort, wo Entscheidungen getroffen wurden, sind sie entweder dem eigenen Klientel geschuldet oder werfen Deutschland zurück in die Vergangenheit, statt den Weg in eine bessere Zukunft einzuschlagen. Investitionen in die Zukunft, in erneuerbare Energien und Infrastruktur, werden gekürzt, Steuersenkungen auf Pump beschlossen, die Neuverschuldung nicht konsequent abgebaut und die Risiken, die aus der Staatsverschuldungskrise drohen können, im Haushalt schlicht verschwiegen. Dafür wird weiter bei den Eingliederungsprogrammen für Arbeitsuchende gestrichen und der Städtebau geschleift.

Dabei begann die Bundesregierung durchaus mit einer guten Idee: Erstmals hat das Kabinett im März den Bundeshaushalt 2012 nach dem sogenannten top-down-Verfahren aufstellen lassen. Das bedeutet, dass in einem Eckwertebeschluss des Kabinetts für jedes Ministerium bzw. jeden Einzelplan Obergrenzen für Einnahmen und Ausgaben festgelegt werden. Doch selbst dieser Anspruch wurde nicht umgesetzt. Das Sparprogramm, welches das Kabinett im Juni 2010 beschloss und das ursprünglich knapp 80 Milliarden Euro Konsolidierung über den Finanzplanungszeitraum erbringen sollte, wurde auf Druck der Klientelgruppen aufgeweicht. Die Sozialausgaben kürzten Kanzlerin und Arbeitsministerin, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer lassen bis heute auf sich warten. Statt die Zügel anzuziehen wurden die Ressorts zum Teil durch satte Zuschläge ruhiggestellt. So jedenfalls wird weder der Bundeshaushalt in Ordnung gebracht noch an Glaubwürdigkeit in Europa gewonnen. Denn wer immer mit dem Finger auf andere zeigt, aber fast 30 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen will, dem glaubt man auch in Brüssel nicht.

Eckdaten des Haushaltes

Deutschland erlebt in diesem Jahr den stärksten Aufschwung seit zwanzig Jahren, mit steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Arbeitslosenzahlen. Dies ist übrigens ein Ergebnis der maßgeblich von

SPD-Ministern in der Großen Koalition konzipierten Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturpakete, insbesondere der Kurzarbeiterregelung für den Arbeitsmarkt. Diese positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen werden im Bundeshaushalt 2012 aber nicht genutzt, im Gegenteil: sieben Milliarden Euro sollen verfrühstückt werden.

Insgesamt will der Bund im kommenden Jahr 306 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 200 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr. Die Nettokreditaufnahme ist mit 27,2 Milliarden Euro deutlich höher als notwendig. Denn zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 14,6 Milliarden Euro gegenüber dem alten Finanzplan und weniger Ausgaben beim Arbeitsmarkt wegen der guten Konjunktur in Höhe von 4,7 Milliarden Euro werden nicht genutzt, um die Neuverschuldung in demselben Maße – also um 19,3 Milliarden Euro – abzusinken. Sah der alte Finanzplan für 2012 noch eine Nettokreditaufnahme von 40,1 Milliarden Euro vor, könnte diese jetzt auf rund 20 Milliarden Euro gesenkt werden. Die Bundesregierung hat in ihren Haushaltsentwurf aber eine Nettokreditaufnahme von 27,2 Milliarden Euro eingestellt und wird die Frage beantworten müssen: Wo bleibt denn das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler?

Schuldenregel des Grundgesetzes ausgetrickst

Bundesbank, Sachverständigenrat und Bundesrechnungshof kritisieren, dass Bundesfinanzminister Schäuble mehr Schulden aufnimmt als es die Schuldenbremse gestattet. Denn anstatt die Nettokreditaufnahme 2012 um zusätzliche 4,3 Milliarden Euro zu senken, trickst Schäuble ein weiteres Mal.

Die mögliche Verschuldung des Bundes berechnet sich aus einem strukturellen, also dauerhaften Defizit und einem Defizit, das durch Schwankungen der Konjunktur auftreten kann. Je höher das Ausgangsdefizit ist, desto steiler ist der „Einsparpfad“. Für die Übergangszeit bis zur Geltung der Schuldenregel im Jahr 2016 hat Finanzminister Schäuble den Ausgangswert wider besseres Wissen sehr hoch gewählt. Er kann dadurch zumindest in dieser Legislaturperiode mehr neue Schulden aufnehmen. Die Bundesregierung legt sich damit eine „Wahlkampfkasse“ an, wohl wissend, dass das dicke Ende 2014 bis 2016 kommen wird. Anscheinend hofft die Kanzlerin, dann nicht mehr regieren zu müssen.

Die Bundesbank errechnete, dass sich die Bundesregierung so einen zusätzlichen Verschuldungsspielraum in Höhe von 50 Milliarden Euro verschafft. Diesen wird sie für Steuerersenkungsphantasien und Wahlkampfgeschenke nutzen.

Sparen nur bei den Schwachen – Einschnitte bei den Arbeitsmarktausgaben

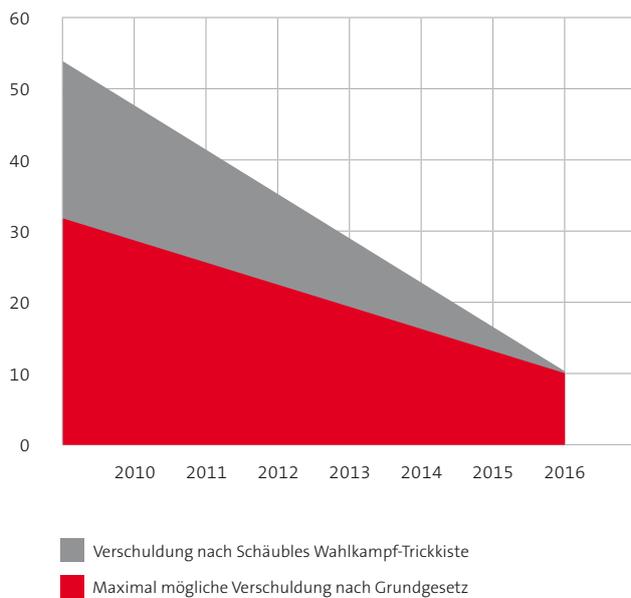
Einsparmaßnahmen werden konsequent nur bei den Arbeitsmarktausgaben umgesetzt. Das ist Sparen an der falschen Stelle. Hinzu kommt in diesem sensiblen Komplex eine zusätzliche Absenkung um 17 bis 19 Milliarden gegenüber dem Finanzplan, die für andere Ausgaben im Bundeshaushalt verwendet werden. Da werden z.B. eine Milliarde Euro bei der beruflichen Wiedereingliederung und 4,4 Milliarden Euro bei der Eingliederung von Hartz-IV-Empfängern gespart. Auch bei der Förderung junger Familien wird gekürzt. Das ist soziale Kälte pur.

Aber die Bundesregierung ist nicht nur unsozial, sondern auch mutlos: In der Finanzplanung finden sich für 2014 und 2015 globale Minderausgaben von rund zehn Milliarden Euro. Die Regierung traut sich aber nicht, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und ist sich unklar darüber, wie diese Sparanstrengung konkret umgesetzt werden soll.

Verschuldung des Bundeshaushaltes

50 Milliarden Euro von 2010 – 2016

In Mrd. Euro



Quelle: Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion

Aus den angestrebten Einsparungen im Verteidigungshaushalt werden mit Blick bis 2015 sogar neun Milliarden Euro mehr. Von Konsolidierung kann hier keine Rede mehr sein.

SPD-Steuer- und Finanzierungskonzept

Der SPD-Parteivorstand hat im September einen von Bundestagsfraktion und Parteiführung erarbeiteten Vorschlag vorgelegt, der den Haushalt konsolidiert und klare politische Schwerpunkte für die Zukunft setzt: Den „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“. Darin machen die Sozialdemokraten solide Vorschläge zum weiteren wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen, der Modernisierung der Verwaltung sowie einer moderaten Erhöhung der Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Sie stehen klar für zwei Schwerpunkte ein: Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen.

Diesen Pakt wird die SPD im parlamentarischen Haushaltsverfahren in Form von Änderungsanträgen umsetzen und der Koalition das Angebot unterbreiten, aus Vernunft und Verantwortung für Deutschland diesem Kurs zuzustimmen. Dabei wollen die Sozialdemokraten für 2012 Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Anhebung des Abgeltungssteuersatzes, der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro, der Rücknahme des schwarz-gelben Steuergeschenks an Hoteliers,

aus der Brennelementesteuer und aus der Vermögenssteuer generieren und zwar in Höhe von 11,1 Milliarden Euro für den Bund. Aus dem Subventionsabbau erwartet die SPD Minderausgaben in Höhe von 4,6 Milliarden Euro in 2012 für den Bund.

Diese Einsparungen sollen konsequent für Schwerpunktausgaben wie Bildung in Höhe von zwei Milliarden Euro, Verbesserung der Infrastruktur/Investitionen und Forschung in Höhe von drei Milliarden Euro sowie zum weiteren Schuldenabbau genutzt werden.

Hochschulpakt Plus für bessere Studienbedingungen

Der Run von jungen Menschen in die Hörsäle hält unvermindert an: Immer mehr Abiturient/innen nutzen ihre Chance auf ein Studium und einen akademischen Abschluss. Außerdem satteln viele Menschen, die bereits im Beruf stehen, noch ein Studium drauf. Das ist eine höchst erfreuliche Entwicklung, die den Frauen und Männern bessere Chancen auf Selbstentfaltung, gutes Einkommen und berufliche Entwicklung eröffnet. Gleichzeitig sichert die hohe Studienbereitschaft den Fachkräftenachwuchs.

Doch die Hochschulen drohen wegen der immer weiter steigenden Nachfrage aus allen Nähten zu platzen. „Bis zu 200.000 Studienplätzen können im Jahr 2015 fehlen. Damit ein Studium nicht zum Privileg für wenige wird, muss die Bundesregierung jetzt endlich die Augen öffnen und handeln“, erläutert die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Sie fordert, dass Bund und Länder neue Verhandlungen aufnehmen, damit alle Interessierten tatsächlich einen Studienplatz bekommen und gute Studienbedingungen vorfinden.

Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt hierzu einen Hochschulpakt PLUS vor. Der soll für die fehlenden Studienplätze sorgen, z. B. indem der Ausgabendeckel für Bundeszuschüsse im bereits bestehenden Hochschulpakt II aufgehoben wird. Außerdem will sie ein Programm zum Ausbau der Masterstudienplätze. Teure Studienplätze, wie z. B. in der Medizin, sollen mit einem Zuschlag besonders gefördert werden.

Schließlich will die SPD-Fraktion auch an die Qualität der Lehre ran. Die Hochschulen sollen einen Anreiz für gute Lehre bekommen, indem sie für jeden jungen Menschen, der tatsächlich seinen Abschluss macht, einen Bonus bekommen.

BAföG der Zukunft – Zukunft mit BAföG

Der Run auf die Hochschulen ist auch ein Grund, um das BAföG weiterzuentwickeln. Denn nur mit einer guten Studienförderung stehen die Hochschulen tatsächlich allen offen.

Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Gerechtigkeit und gleiche Chancen in der Bildung. 1971 von der damaligen SPD-geführten Bundesregierung eingeführt, feierte es kürzlich seinen 40. Geburtstag. Nachdem es von der Regierung Kohl heruntergewirtschaftet worden war, ist es mittlerweile anerkannter Teil unserer sozialen Kultur geworden. Jetzt kommt es darauf an, das BAföG durch Weiterentwicklungen auf der Höhe der Zeit zu halten. Auch dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion überzeugende Lösungen vorgelegt.

Immer mehr Menschen wollen studieren, viele davon erst, wenn sie bereits berufliche Erfahrung gesammelt haben. Das BAföG muss hier Schritt halten. Deshalb will die SPD-Fraktion die Altersgrenzen in einem ersten Schritt deutlich anheben und mittelfristig ganz abschaffen.

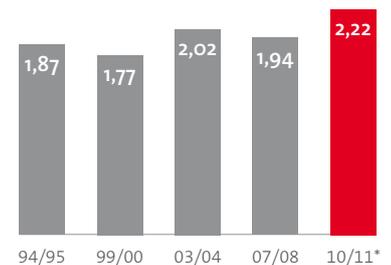
Außerdem gibt es Handlungsbedarf für 200.000 Studierende, deren Eltern zu viel fürs BAföG, aber zu wenig verdienen, um ihren Kindern tatsächlich das Studium finanzieren zu können. Auch Familien in diesem „Mittelstandsloch“ brauchen Unterstützung. Die SPD-Fraktion will Abhilfe schaffen durch eine Anhebung der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent. Außerdem soll bis zu einer zweiten Einkommensgrenze zumindest der Anspruch auf ein zinsfreies Vollkredit geschaffen werden.

Schließlich muss die Bologna-Tauglichkeit des BAföG gesichert werden. Dazu müssen die Probleme beim Übergang vom Bachelor zum Master angegangen werden. Auch hierzu hat die SPD-Fraktion Vorschläge unterbreitet.

Die Anträge „Für einen Hochschulpakt Plus: Absolventenförderung einführen und Deckelung aufheben“ und „BAföG ausbauen und Chancengleichheit stärken“ gibt es unter www.spdfraktion.de

Rappelvolle Hörsäle

Studierende an deutschen Hochschulen in Millionen



*vorläufige Angaben
Quelle: Statistisches Bundesamt

50 Jahre deutsche Entwicklungspolitik



Zwei ehemalige Minister und eine Ministerin, die die deutsche Entwicklungspolitik entscheidend geprägt haben: v. l. n. r. Egon Bahr, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Erhard Eppler.

Entwicklungshilfe wird globale Strukturpolitik

Deutsche Entwicklungspolitik wurde in fünfzig Jahren überwiegend sozialdemokratisch geprägt: Hans-Jürgen Wischnewski, Erhard Eppler, Egon Bahr, Marie Schlei, Rainer Offergeld und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Diese prominenten Namen stehen für soziale Entwicklung, für Frieden und Annäherung, für Zusammenarbeit bei Klima- und Umweltschutz, für Einbeziehung der Frauen, für Nachhaltigkeit, für Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Gremien, für Einhaltung internationaler Vereinbarungen, für abgestimmte EU-Entwicklungspolitik und globale Strukturpolitik.

Insbesondere Heidemarie Wieczorek-Zeul hat in ihrer Amtszeit von 1998 bis 2009 das Entwicklungsministerium mit großem Engagement zu einem starken, eigenständigen Ressort gemacht. Die Leidenschaft seiner Vorgänger und Vorgängerinnen würde man sich vom Amtsinhaber wünschen. Der aber konnte seine Unlust an diesem Politikfeld nie verbergen. Wäre es nach Dirk Niebel gegangen, wäre die eigenständige deutsche Entwicklungszusammenarbeit 2009 nach 48 Jahren beendet worden, schließlich wollte er bis zur Bundestagswahl das Haus, das er jetzt leitet, abschaffen. Das 50jährige Bestehen des Bundesentwicklungsministeriums hätten wir dann nicht mehr feiern können.

Schwarz-Gelb hat viel Vertrauen verspielt

Niebel hat dem guten Ruf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit schwer geschadet. Wieder und wieder hat er internationale Zusagen gebrochen, ob bei der versprochenen Anhebung der Mittel für Entwicklungsarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens oder zuletzt bei den blockierten Zahlungen an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose. Seine Verengung auf bilaterale Projektarbeit und seine Ablehnung multilateraler Zusammenarbeit stößt bei unseren internationalen Partnern auf viel Unverständnis. In den vergangenen zwei Jahren ist viel Vertrauen verspielt worden. Deutschland ist kein verlässlicher Partner mehr. Aber dieser Minister lässt sich dennoch feiern.

Vor fünfzig Jahren gab der erste Minister, Walter Scheel, das Ziel aus, die Kluft zwischen reichen und armen Völkern zu beseitigen und Spannungen auf der Welt abzubauen. Heute führt wieder die FDP das Ministerium, vornehmlich mit dem Ziel, es auf den Vorteil der deutschen Wirtschaft auszurichten. Minister Niebel hat das Haus zu einer Zweigstelle von Wirtschaftsministerium und Auswärtigem Amt degradiert.

SPD will Entwicklungszusammenarbeit neu gestalten

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass sich Deutschland wieder glaubhaft für die gerechte entwicklungsfördernde Gestaltung der Globalisierung und des Welthandels sowie für wirksame Maßnahmen gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung, Staatszerfall und Gewalt einsetzt.

Globalisierung, Millenniumsentwicklungsziele, Kohärenz und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Verantwortung und Entwicklungsfinanzierung auch durch innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“ prägen die Zukunft der Entwicklungspolitik. Es gibt neue Ansätze wie Budgethilfe und den Aufbau von Steuersystemen in Entwicklungsländern, neue Systeme sozialer Sicherung wie die Social Protection Floors, neue Partnerschaften wie die G20. Hungerkatastrophen und Demokratiebewegungen, Klima-Migration und selbstbewusste wirtschaftlich dynamische Schwellenländer zeigen die Handlungsbreite.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir müssen die nachhaltige Gestaltung globaler partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit prüfen, neu denken und mit einem sozialdemokratisch geführten, eigenständigen Ministerium umsetzen.

Koalition missachtet gleiches Wahlrecht

Im Juli 2008 hat das Bundesverfassungsgericht das Bundeswahlgesetz für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber eine Neuregelung spätestens bis zum 30. Juni 2011 aufgegeben. Die SPD-Fraktion war unmittelbar darauf – noch in der Großen Koalition – auf die Unionsfraktion zugegangen, um einvernehmlich eine rechtlich einwandfreie Bundestagswahl 2009 zu ermöglichen. Daran war die Union nicht interessiert und verhandelte auch später nicht ernsthaft. Erst zwei Tage vor Fristablauf brachten die Koalitionsfraktionen im Alleingang einen Gesetzentwurf ein.

Damit wird die Verbindung der Landeslisten aufgehoben, um das sog. negative Stimmgewicht zu beseitigen, was jedoch nicht gelingt. Eigentlicher Zweck ist, in größtmöglichem Maße Überhangmandate zu erhalten. Auf diese hofft die Union durch Stimmensplitting mit ihrem schwindsüchtigen Koalitionspartner, um nochmals eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, womöglich ohne eine Mehrheit der Zweitstimmen! Dabei wird ignoriert, dass durch das veränderte Wählerverhalten vermehrte Überhangmandate die Wahlrechtsgleichheit verletzen. Denn die Kandidaten der großen Parteien gewinnen zumeist immer noch die Direktmandate, die aber wegen zurückgehender Stimmanteile dieser Parteien immer weniger von Zweitstimmen gedeckt werden. Ausgleichsmandate, die die SPD-Fraktion vorgeschlagen hat, würden das Problem lösen. Der möglichen Vergrößerung des Bundestages ließe sich durch eine Verringerung der Wahlkreise nach der nächsten Wahl entgegenwirken. Die SPD-Fraktion will umgehend nach der Verkündung des Gesetzes das Bundesverfassungsgericht anrufen, um ein verfassungswidriges Bundestagswahlrecht zu verhindern.

Mehr Bewegungsfreiheit für Asylbewerber und Geduldete

„Mehr Bewegungsfreiheit für Asylbewerber und Geduldete“ – so lautet der Titel eines Antrages, den die SPD-Fraktion Ende Mai in den Bundestag eingebracht hat.

Der räumliche Aufenthalt von Asylbewerbern und Geduldeten soll dem Antrag zufolge nicht länger beschränkt werden. Asylbewerber und Geduldete können allerdings weiterhin verpflichtet werden, ihren Wohnsitz in einer bestimmten Gemeinde, einem bestimmten Landkreis oder einem bestimmten Bundesland zu nehmen.

Was ist daran neu? Bislang ist die Aufenthaltsgestattung von Asylbewerbern – also Personen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist – auf den Landkreis oder die Stadt beschränkt, dem bzw. der sie zugewiesen sind. In diesem Gebiet müssen sie nicht nur wohnen – sie dürfen es grundsätzlich nicht verlassen. Das schränkt das persönliche Leben ein und führt zu gesellschaftlicher Isolation. Zwar können Ausnahmen beantragt werden. Doch die werden von den Behörden restriktiv gehandhabt. Deshalb soll die Regelung abgeschafft werden.

Stattdessen sollen Asylbewerber künftig nur verpflichtet werden, ihren Wohnsitz in einer bestimmten Gemeinde, einem Landkreis oder einem Bundesland zu nehmen. Dies ist erforderlich, um einen weiterhin gerechten Ausgleich zwischen den Bundesländern sowie innerhalb der Bundesländer zwischen den Landkreisen oder Kommunen zu gewährleisten. Denn die Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden grundsätzlich von den Kommunen getragen. Ohne die vorgeschlagene Wohnort-Regelung wäre zu befürchten, dass es zu einer besonders hohen finanziellen Belastung der urbanen Ballungszentren kommt. Eine entsprechende Änderung soll auch für geduldete Migranten eingeführt werden.

SPD-Fraktion fordert besseren Beschäftigtendatenschutz

Im September hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag in den Bundestag eingebracht: „Weitere Datenschutzskandale vermeiden – Gesetzentwurf zum effektiven Schutz von Beschäftigtendaten vorlegen“.

Darin fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, endlich für einen effektiven Schutz von Beschäftigtendaten zu sorgen. Zwar hat die Bundesregierung im September 2010 einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 17/4230). Doch die parlamentarischen Verhandlungen zwischen FDP und Union stocken. Und der Entwurf selbst ist ungenügend.

Zum einen sieht die Bundesregierung vor, Beschäftigtendaten durch Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes zu schützen. Datenschützer und Gewerkschaften fordern indes seit Jahren, ein eigenständiges Gesetz zu schaffen. Fragen des Beschäftigtendatenschutzes müssen genau und rechtssicher beantwortet werden. Dafür reicht das allgemeine Datenschutzrecht des Bundesdatenschutzgesetzes nicht aus.

Zum andern äußerten mehrere Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses schwere Bedenken – Bedenken, die die Fraktion teilt.

Der Gesetzentwurf stellt Arbeitgeberinteressen in den Vordergrund. Der Antrag der SPD-Fraktion hingegen wehrt sich gegen ausufernde Videoüberwachung und gegen Rasterfahndung, mit der Straftaten oder schon Verstöße gegen unternehmensinterne Verhaltensregeln aufgedeckt werden sollen. Ebenso wendet er sich gegen die Bespitzelung durch Detektive bis in den privaten Bereich oder eine viel zu weitreichende Überwachung von Telefonaten. Es darf nicht sein, dass die Datenschutzskandale der jüngsten Vergangenheit legalisiert werden. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung würde genau das geschehen.

Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit

Vor zehn Jahren hat die SPD-geführte Bundesregierung mehrere Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der Demokratie eingeführt. Sie haben sich als erfolgreich erwiesen. In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb, dauerhafte Strukturen zu schaffen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen und die Vermittlung demokratischer Werte zu fördern. Sie schlägt vor, zu diesem Zweck auf Bundesebene ein Stiftungsmodell zur Bekämpfung des Rechtsextremismus einzurichten.

Bei den Programmen soll ein Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sowie auf Demokratievermittlung gelegt werden. Die Mittel für Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen sollen um drei Millionen Euro erhöht werden. Die von Schwarz-Gelb geplanten Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung lehnen die Sozialdemokraten ab. Ebenso verwehrt sich die SPD-Fraktion gegen die von Union und FDP vorgenommene Vermischung der bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus mit Programmen zur Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus. Dies verharmlose den Rechtsextremismus, verschleierte seine Analyse und behindere seine Bekämpfung heißt es dazu im Antrag. Deshalb haben die Sozialdemokraten in den Haushaltsberatungen auch beantragt, die Zusammenlegung der Haushaltstitel rückgängig zu machen. Die SPD-Fraktion fordert, den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus weiter zu entwickeln und wirksame Maßnahmen gegen jede Art von Rassismus zu ergreifen. Sie ist davon überzeugt, dass die Rechtsextremen gerade da stark sind, wo die Zivilgesellschaft schwach ist. Dies ist in einigen Regionen Deutschlands immer noch der Fall. Gerade in diesen Regionen ist es besonders wichtig, die bestehende Trägerlandschaft zu erhalten und zu stärken.

Zukunftsdialog – Wie wollen wir im Jahr 2020 leben?

„Für Deutschland im Jahr 2020 wünsche ich mir, dass alle die gleichen Chancen auf Bildung bekommen, die Mitte der Gesellschaft stark bleibt, Armut und Arbeitslosigkeit verschwinden und sich Arbeit lohnt.“ So hat es eine Besucherin Anfang September auf eine von ca. 200 Kacheln an die Dialogwand der SPD-Bundestagsfraktion am „Tag der Ein- und Ausblicke“ geschrieben. Die Veranstaltung des Deutschen Bundestages nutzten die Sozialdemokraten nicht nur, um ihr „Projekt Zukunft“ vorzustellen, sondern auch um die zahlreichen Besucher einzuladen, sich aktiv daran zu beteiligen.

Seit ihrer Klausursitzung im Januar erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion mit dem „Projekt Zukunft“ in sieben Projektgruppen ein Politikkonzept, das den Weg unseres Landes bis zum Ende dieses Jahrzehnts aufzeigt. (Fraktion Intern berichtete in der vierten Ausgabe umfangreich darüber.)

Nun wollte die SPD-Bundestagsfraktion von den Bürgerinnen und Bürgern wissen, was sie sich für Deutschland im Jahr 2020 wünschen, wofür Politik sorgen muss und was Aussagen wie „Gute Arbeit“, „Besser leben“, „Gleiche Chancen“, „Gesund bleiben“, „Solidarisches Miteinander“, „Nachhaltig Wirtschaften“ und „Globale Verantwortung“ für sie bedeuten. Die Angesprochenen nutzten quer durch alle Altersgruppen, vom Schulkind bis zur Rentnerin, die Gelegenheit, der SPD etwas an die Wand zu schreiben. Genauso interessiert waren die meisten auch zu lesen, was andere aufgeschrieben hatten. Vielfach kam es an der Dialogwand zu angeregten Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten.

Zentrale Themen für die Menschen waren Arbeit und Bildung. Damit verbanden sie vor allem Forderungen nach fairen Löhnen, einem Mindestlohn, gleichen Löhnen für Männer und Frauen, sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit für alle Kinder und gute Kinderbetreuung. Aber auch Umweltschutz, der nachhaltige Einsatz von Ressourcen, gerechte Renten, gute und bezahlbare Pflege, Integration, Europa und Frieden in der Welt spielten eine wichtige Rolle.

Einigen ging es mit Blick auf die Zukunft um Veränderungen im eigenen Umfeld, wie „Lebensmittel nur in den Mengen einkaufen, wie sie gebraucht werden. Abfälle vermeiden bzw. sortiert entsorgen.“ Andere wünschten sich, „Wohlstand nicht auf dem Rücken anderer zu schaffen“ oder „dass man nicht mehr Geld durch Geld verdient, sondern durch Wertschöpfung“. Eine europaweit einheitliche (Aus-)Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die sämtliche Gesellschafts- und Bildungsschichten berücksichtigt und so Sicherheit, Stabilität und Entwicklung von Gesellschaft und Individuum för-

dert, wurde ebenso vorgeschlagen. Kinder und Jugendliche forderten ein, bei politischen Entscheidungen stärker mit einbezogen zu werden.

Am Herzen lag den Menschen auch „endlich die Unterschiede zwischen Ost und West zu beseitigen“, die Staatsschulden im Sinne „unserer Enkel“ abzubauen und eine „gute Gesundheitsversorgung für alle Bürger – keine Klientelpolitik – mit optimalem Einsatz von Geld und Ressourcen zum Wohle Aller und nicht Einzelner“.

Mit einem Blick auf die von Bürgerinnen und Bürgern gut bestückte Dialogwand sagte der erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann: „Den Leuten fällt was ein, wenn es um Politik geht, sind sie nicht sprachlos.“ Einen Tag später nutzten viele Bundestagsabgeordnete am Rande der Fraktionssitzung die Gelegenheit einen Blick auf die Wünsche und Anmerkungen zu werfen. Alle Karten wurden von der Öffentlichkeitsarbeit erfasst und dienen den Projektgruppen der Fraktion als Anregung bei der Entwicklung von Antworten auf die drängendsten Zukunftsfragen.

Der Zukunftsdialog begleitet das „Projekt Zukunft“. In Veranstaltungen in Berlin und vor Ort in den Wahlkreisen diskutiert die Fraktion während der kommenden Monate ihre Vorschläge. Mehr Informationen zum „Projekt Zukunft“ gibt es hier: www.spdfraktion.de/zukunft



Geschäftsführender Fraktionsvorstand im Amt bestätigt

Am 20. September hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Mit 93,7 Prozent der Stimmen hat die Fraktion Frank-Walter Steinmeier in seinem Amt als Vorsitzenden bestätigt. Ebenso stimmten die SPD-Bundestagsabgeordneten erneut für den ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Thomas Oppermann sowie für die drei weiteren Parlamentarischen Geschäftsführer/innen und neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Damit ist die Fraktion bis 2013 gut aufgestellt, um sich inhaltlich mit dem „Projekt Zukunft“ auf die Regierungsübernahme vorzubereiten und bis zur Wahl entsprechende Initiativen in den Bundestag einzubringen.

Veröffentlichungen

Projekt Zukunft

Drei Faltblätter sind bisher zur Begleitung des „Projekts Zukunft“ erschienen: **„Unser Projekt heißt Zukunft“**, hier werden die Modernisierungskonzepte der SPD-Fraktion für Deutschland insgesamt dargestellt, erschienen August 2011. Unter dem Titel **„Integration heißt Zusammenhalt und Fortschritt“** beschreibt ein weiteres Faltblatt Aufgaben und Lösungsansätze einer sozialdemokratischen Integrationspolitik, erschienen im August 2011. Das Faltblatt **„Miteinander der Generationen – Den demografischen Wandel gestalten“** informiert über die enormen Herausforderungen und Chancen sowie zentrale politische Handlungsfelder, erschienen Oktober 2011.

40 Jahre BAföG

Auf zehn Seiten werden die Erfolgsstory dieses wichtigen SPD-Gesetzes zusammengefasst und Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion zur Weiterentwicklung des BAföG genannt. Erschienen: September 2011.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 14. November 2011 Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Rosina Baumgartner, Marion Binder, Stefan Hintermeier, Gerhard Lechleitner, Anja Linnekugel, Tillmann Lohr, Ruth Möller, Oliver Schmolke, Birgid Schreiber, Frank-Walter Steinmeier, Kerstin Villalobos

Illustrationen und Fotos: bilderbox (S. 4), Büro Heidemarie Wiczorek-Zeul (S. 12), AG Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion (S. 10), photothek.net/Thomas Imo (S. 5), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3) SPD-Bundestagsfraktion (S. 15), S. Voorwinden nach picture-alliance/dpa-Grafik (S. 8, 11), S. Voorwinden (S. 6), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 510 48 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet